

Riesfaer und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt
Lageblatt Riesa.
Herausg. Nr. 20.
Postfach Nr. 22.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meissen bestellbarerweise bestimmte Blatt.

Verlagsdruckerei
Dresden 1500.
Verleger:
Riesa Nr. 22.

Nr. 63.

Freitag, 15. März 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellung. Für den Fall des Unterbruchs von Produktionsunterbrechungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Abgabentages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 1 mm hohe Grundchrift-Zeile (8 Silben) 16 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Zeile mit 100 Gold-Pfennigen; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Freie Tarife. Sonntagsblätter haben erhöhten Preis, wenn der Satz vergrößert, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Rechtliche Unterhaltungsbeiträge "Sagler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Besetzung oder der Beförderungsbetriebsstörungen — hat der Besteller seinen Anspruch auf Verzögerung oder Nichtlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Dargatz & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Tittrich, Riesa.

Der Sorgen-Etat vor dem Reichstage.

Rede des Reichsfinanzministers Dr. Hilferding.

1929, Berlin, 14. März 1929.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Etats für 1929.

Als der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding zur Begründung des Etats das Wort nimmt, wird ihm zugerufen: "Dr. Eisenbart!"

Der Minister führt dann aus, Hauptaufgabe bei Aufstellung des Etats sei gewesen, völlige Klarheit über die finanzielle Lage des Reichs zu schaffen. Die gegenwärtige Finanzlage sei entscheidend beeinflusst durch die Befahrung des außerordentlichen Etats für 1928 und 1927, insbesondere durch das damals aufgestellte Arbeitsbeschaffungsprogramm. Es sei zwar gelungen, das Defizit des außerordentlichen Haushalts von rund 1 Milliarde durch Verwendung von Ueberüberschüssen des ordentlichen Etats, Auflösung des Betriebsmittelfonds usw. zu senken; es betrage aber noch immer 788 Millionen. Bei der Lage des Kapitalmarktes sei es in absehbarer Zeit nicht möglich, dieses Defizit durch langfristige Anleihen zu decken. Unbrauchbar sei auch der Vorschlag, dem Reich durch den Verkauf von Vorkaufsaktien der Reichsbahn die nötigen Geldmittel zu beschaffen.

Diese Lage des außerordentlichen Etats, so führt der Minister weiter aus, ist der Schlüssel zum Verständnis für die schwierige Kassenlage, in der sich das Reich befindet. Nach Erschöpfung der Deckungsmöglichkeiten ist in der Kasse ein Defizit von über 500 Millionen entstanden, das durch kurzfristige Anleihen gedeckt werden mußte. Zu diesem Zweck ist es notwendig geworden, Sachanweisungen und Erhöhwesche bei den Versicherungsträgern in Höhe von 102 Mill. und bei den Banken in Höhe von 180 Millionen unterzubringen. In den letzten Monaten hat sich die Kassenlage besonders verschlechtert, nicht zuletzt wegen der großen Arbeitslosigkeit.

Situation ist zweifellos ernst;

aber es gehört schon ein besonderes Maß verantwortungsloser Willkür oder völliger Unkenntnis der Lage dazu, diese Gelegenheit zu benutzen, um das Schreckbild der Inflation an die Wand zu malen. Es handelt sich nicht um eine Schuldenwirtschaft des Reichs, sondern nur um einen vorübergehenden Mangel an Kassenmitteln.

Der Minister erklärt weiter, daß es unter diesen Umständen kein Bestreben war, den außerordentlichen Haushalt möglichst klein zu halten. Das sei gelungen. Außerdem habe er gesetzliche Maßnahmen vorgeschlagen, um in Zukunft zu verhindern, daß über den außerordentlichen Haushalt Ausgaben ohne tatsächliche Deckung vorgenommen würden.

Der ordentliche Haushalt stehe mehr als jeder vorhergehende im Zeichen der Reparationslast. Angesichts der Pariser Verhandlungen könne er auf die Reparationsfrage nicht eingehen. Die Verantwortlichkeiten unserer Sachverständigen dürften dafür, daß kein Gesichtspunkt unbeachtet bleibe, auf dessen Berücksichtigung Deutschland berechtigten Anspruch erheben könne. Die Regierung werde sich den vollen Ernst einer freiwilligen geistlichen Unterwerfung für die Zukunft des Volkes vor Augen halten, wenn es gelte, über das Ergebnis der Sachverständigenkonferenz zu entscheiden.

Der Minister betont die Notwendigkeit, das Gleichgewicht im Haushalt aufrechtzuerhalten. Ein Betrag von über 600 Millionen habe bei Aufstellung des Etats gedeckt werden müssen, da er ein Defizit unter allen Umständen vermeiden wollte. Somit blieben nur Streichungen, Kürzungen der Ueberweisungen und Steuererhöhungen übrig. Steuererhöhungen blieben aber nur als letztes Mittel in Betracht kommen. Sie müßten angeht die vorhandenen Steuern und der niedergehenden Konjunktur nach Rücksichtlichkeit vermieden werden.

Es müsse daher in erster Linie der Weg der Sparsamkeit beschritten werden. Die Verringerung der Ausgaben, um die sich sein Ministerium von Anfang an energisch bemüht habe, komme allerdings im Etat deshalb nicht so deutlich zum Ausdruck, weil sie insbesondere auf die umfangreichen Mehrausgaben der einzelnen Ressorts gerichtet sein mußte. Die Regierung, so betont der Minister, ist aber grundsätzlich bereit, weitere Streichungen zu unterstützen. Tatsächlich ist für diese Streichungen ein geringerer Spielraum vorhanden, als in der Öffentlichkeit angenommen wird. Einmal könnten sie nur vertreten werden, wenn sie wirtschaftlich vernünftig und sozial erträglich sind; darüber hinaus dürfen sie nicht dazu führen, daß im folgenden Jahre die Mehrausgaben in doppelter Höhe wiederkehren. Von den genannten Netto-Ausgaben des Reichs in Höhe von 10 Milliarden blieben für die eigentliche Reichsverwaltung nur zwei Milliarden übrig. Wenn man die zwangsläufigen Ausgaben absieht, bleibt nur ein geringer Teil für Streichungen.

Was die Deckungsvorlagen anlangt, so sei die Kürzung der Ueberweisungen an Länder und Gemeinden anerkennend die Zwangslage der Reparationslasten gerechtfertigt. Sie sei auch erträglich, weil den Ländern und Gemeinden eine Gesamtsumme bleibe, die die Ueberweisungen von

1928 noch übersteige. Trotz dieser Kürzung und der Vöherlegung der Steuererträge seien

Steuererhöhungen von insgesamt 379 Millionen

erforderlich. Das Schwerkraft solle auf die Alkoholsteuern gelegt werden, zumal das deutsche Steuerrecht in diesem Punkte einen Mangel aufweise. England beispielsweise erhebe vom Branntwein das vierfache, vom Bier sogar das fünffache der deutschen Steuer. Die gegen die Steuererhöhungen geltend gemachten Gründe verkenne er nicht. Es komme aber vor allem darauf an, sich nicht den Weg für eine künftige Steuerentlastung zu verbauen. Das würde geschehen, wenn man jetzt den Ausgleich durch schwebende Streichungen oder sonstige unzulängliche Deckungsmittel finden wollte.

Diese künftige Reform müsse vor allem auf die Vereinfachung der Steuerarten und die Wäherung der direkten Steuern gerichtet sein. Dabei erwähnt der Minister auch die von den Ländern gegen das Reich geltend gemachten Ansprüche. Wenn es hier zu einer Entscheidung des Staatsgerichtshofs komme, würden wahrscheinlich weitgehende Eingriffe in den Haushalt von Reich und Ländern die Folge sein. Deshalb halte er die Reichsregierung für richtig, den Versuch zu machen, diese Fragen im Wege des Ausgleichs mit den Ländern zu lösen.

Zum Schluß weist der Minister darauf hin, daß die verspätete Einbringung des Etats in erster Linie eine Folge der politischen Verhältnisse sei. Die Erwartung, daß es gelingen würde, eine feste Regierungsbasis zu schaffen, habe sich nicht erfüllt. Die Regierung habe deshalb einen Not-Etat eingebracht, um dessen Verabschiedung des Staatsgerichtshofs zu vermeiden. Die Angriffe gegen die Finanzpolitik dürften nicht zur Trübung der Verantwortung führen. Die letzte Verantwortung liege beim Reichstag und bei den Parteien. Diese Verantwortung trage gerade in der Frage der Finanzpolitik und der Etatgestaltung die Opposition. In dieses Verantwortungsbewußtsein appelliere er heute und richte die Mahnung an den Reichstag, mit gesammelter Kraft an die Aufgaben der nächsten Zukunft zu gehen und in gemeinsamer Arbeit die Schwierigkeiten zu überwinden.

Besonders lebhaft Zustimmung der Mehrheit fand der Minister, als er sich gegen diejenigen Politiker wandte, die nicht zuvor zurücktraten, in dieser außerpolitischen Situation mit nachteiligen Ueberreibungen den Kredit des Reichs vor dem Ausland zu schädigen. Das sei eine große Verantwortungslast.

Bei der Besprechung der 250 Millionen-Anleihe für die Arbeitslosen-Versicherung betonte der Minister, er habe diesen Posten in den außerordentlichen Etat nur in der Erwartung eingelegt, daß noch in diesem Sommer eine Revision dieses Versicherungszweiges erfolge (Hört! Hört!).

Die Regierung, so versicherte Dr. Hilferding zum Schluß, hat beschlossen, keinem Antrag zuzustimmen, der die Reichsfinanzen neu belastet. Wir stehen zu diesem Beschluß mit aller Entschiedenheit und unter Einsatz unserer politischen Existenz.

Nach der von der Mehrheit mit Beifall ausgenommenen Ministerrede beendete Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) unter Form und Geleitet der Linken einen Widerspruch gegen den Reichsfinanzminister Hilferding, den er für die jüngsten Bluttaten gegen Stahlhelmer und Nationalsozialisten verantwortlich machte.

Allgemeinen Aussprache

die nach einer Mitteilung des Präsidenten Ebbe am Montag beendet werden soll, nahm als erster Redner

Abg. Dr. Gerk (Soz.)

das Wort. Er wies darauf hin, daß im vorigen Jahre Dr. Hilferding als Oppositionsredner schon vorausgesetzt habe, welche schlimme Erbschaft der nächste Finanzminister übernehmen müsse. Die schlechte Finanzlage sei nicht durch die jetzige Regierung, auch nicht durch die vorjährige Senkung der Lohnsteuer hervorgerufen worden; sondern schon seit 1926 schlepp das Reich ein beträchtliches Defizit mit sich herum. Mit dem Minister seien auch die Sozialdemokraten gegen jeden offenen oder verschleierte Defizit-Etat. Sie lehnten deshalb auch solche Mittel ab, die nur eine Scheindeckung bringen würden, wie die Veräußerung von Vorkaufsaktien der Reichsbahn. Die Denkschrift des Hansabundes wage nicht einmal die Behauptung, daß die Durchführung ihrer Streikungsvorschläge neue Steuern mit Sicherheit vermeiden würden. Bei diesen Streikungsvorschlägen sei mit grenzenloser Leichtfertigkeit und mit einer Unkenntnis vorgegangen worden, die für ernste Politiker nicht rühmendwert sei. Die völlige Verkennung des langjährigen Zusammenhangs zwischen Staatswirtschaft und Volkswirtschaft zeige sich in dem Vorschlag, bei der produktiven Erwerbslosen-Fürsorge und bei den Kanalbauten zu sparen. Kennenwerte Ersparnisse würden sich nach der Meinung des Redners beim Wehr-Etat machen lassen. Der Hansabund habe merkwürdigerweise nicht die Möglichkeit

entdeckt, die zweite Rate zum Vangerschiff A zu sparen. Dagegen wolle der Hansabund über die Hälfte von den sozialpolitischen Ausgaben streichen. Die Wirtschaftskrise würde noch viel schlimmer sein, wenn die Kaufkraft der Massen noch um den Betrag geschwächt würde, der jetzt in Form von Erwerbslosen-Unterstützung und Sozialrenten gezahlt wird. Gelpart werden muß dagegen an dem großen Verwaltungsaufwand. Angesichts der großen Finanznot dürfte sich auch die Volkspartei nicht länger fräuben gegen eine Kürzung der übermäßig hohen Pensionen. Aus den Bilanzen der großen Industrie-Werke ergibt sich, daß die Steuerleistung dieser Werke bei steigendem Gewinn zurückgegangen ist.

Mit der Kürzung der Länder- und Gemeinde-Anteile sind wir einverstanden. Die vorgeschlagenen Steuererhöhungen treffen zu zwei Dritteln die Massensteuern und nur zu einem Drittel die Besitzsteuern. Wir verkenne nicht, daß in der Alkoholbesteuerung noch gewisse Möglichkeiten liegen (Hört! Hört!). Wir verkenne aber auch nicht die schweren Bedenken, die gegen eine Erhöhung der Biersteuer sprechen. Die Erhöhung der Umsatzsteuer lehnen wir ab. Der Luxussteuern könnte härter getroffen werden, beispielsweise durch Erhöhung der Schaumweinsteuern.

Bei den Besitzsteuern müßten sich größere Erträge erzielen lassen. Auf die Aufsichtsteuer brauchen wir nicht länger zu verzichten. Die von der Volkspartei vorgeschlagene Bekämpfung der öffentlichen Betriebe lehne die Sozialdemokratie ab. Wie kann, so erklärte der Redner weiter, die Volkspartei, die zwei Minister in der Regierung hat, von verantwortungsloser Finanzpolitik und Verschwendungssucht reden? Sie selbst hat beispielsweise gegen den erbitterten Widerstand der Sozialdemokraten eine Subvention von 10 Millionen für die Firma Mannesmann durchgesetzt, ein Betrag, der jetzt reiflos verloren ist (Hört! Hört!). Die Sozialdemokratie trägt die volle Verantwortung für die Finanzpolitik der jetzigen Regierung.

Abg. Dr. Oberhagen (Dn.)

erklärt, die Einbringung des Etats bedeute eine Bankrott-Erklärung des gegenwärtigen Reichskabinetts. Es habe sich weder allgemeinpolitisch noch finanzpolitisch den Schwierigkeiten gewachsen gezeigt. Die Aktionsunfähigkeit der Regierung habe einen Grad erreicht, der kaum noch überboten werden könne. Es sei ein Verdienst des Ministers von Schlieben, das bisher das Gleichgewicht in den Etats der letzten Jahre hergestellt werden konnte. Der leichtfertige Schritt des Herrn Reichhold in der Umsatzsteuer-Senkung und die Senkung der Lohnsteuer als erster und fast einziger politischer Akt der neuen Regierung seien die Marksteine auf dem Wege zu dem jetzigen Defizit. Die Methode der Geldbeschaffung, mit der der Reichsfinanzminister sich zu helfen suchte, könne nur als grandiose Pampwirtschaft bezeichnet werden.

Der Redner äußert sich dann zu den einzelnen Sorgenlagen und wendet sich gegen die Kürzung der Ueberweisungen an Länder und Gemeinden, weil darin nur ein völlig unzureichender und überleitender Beitrag zur Lösung des Finanzungleichs zugunsten des Reichs zu erblicken sei. Die vorgeschlagenen Steuererhöhungen würden von seiner Partei allgemein grundsätzlich abgelehnt. Die Gesamtkosten in Deutschland sei nicht mehr reinerungslos. Die Entziehung von Finanzmitteln seitens der öffentlichen Körperschaften habe in den letzten Jahren bis zu 38 Prozent des Volkseinkommens betragen.

Der Redner fordert energische Ausgabenlenkung angesichts der Tatsache einer tiefensten Ueberbelegung der öffentlichen Ausgaben und des Behörden-Apparates. Auch der Begriff der Zwangsläufigkeit von Ausgaben sei durchaus relativ. Man müsse in dieser Notzeit den Mut zu Gesetzesänderungen aufbringen, um der Zwangsläufigkeit entgegenzutreten. Der Redner betont, daß die Gegner an ihrer Änderungsabsicht um so mehr festhalten würden, wenn man die deutsche Wirtschaft für läßig halte, so gewaltige Steuererhöhungen aufzubringen. Auf die Dauer könne die Möglichkeit eines ausgeglichenen Etats selbst bei größter innerer Sparsamkeit nur durch eine Bekämpfung von den Daweslasten kommen. Die größte Aufgabe, die die deutsch-nationale Volkspartei noch zu vollbringen haben werde, bestehe darin, daß sie einmal berufen sein werde, eingesetzt zu werden, wenn es sich um die Erlangung eines wahren Friedens im Sinne der Befreiung von diesen Lasten handelt.

Abg. Dr. Brüning (Ztr.)

meint, schon seit Jahren sei von allen Parteien betont worden, daß das Jahr 1929 der Annahmepunkt der deutschen Finanznot zwangsläufig sein würde. In Vorbereitung gegen den jetzigen und den letzten Finanzminister liege deshalb kein Anlaß vor. Sehr bedenklich sei es, jetzt, wo außerordentliche Verhältnisse vorliegen, die Deckung in dauernden Steuern zu suchen. Da sei es weniger gefährlich, einmalige Zuschläge zu vorhandenen Steuern zu bewilligen. Das Zentrum wolle neue Einnahmemeinellen nur dann bewilligen, wenn andere Mittel zur Deckung des Defizits nicht zu finden sind.

Der Wettbewerb der Parteien und Organisationen um die Rekordreicherei an den Ausgaben führe freilich nicht zum Ziel. Bei der Arbeitslosenversicherung müsse geprüft